

A stylized map of Tunisia composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or points of interest.

Aus der (Ver-)Fassung geraten?

Der Fahrplan zur Überwindung der politischen Krise in Tunesien wurde erneut ausgesetzt

ELISABETH BRAUNE

Dezember 2013

- Zwei Jahre nach der Euphorie der feierlich begangenen ersten demokratischen Wahlen vom 23. Oktober 2011 ist die öffentliche Meinung in Tunesien bestimmt von Unsicherheit, Unmut und Ernüchterung. Insbesondere schleppende Reformen oder gänzlich fehlende Perspektiven in den Schlüsselbereichen Justiz und Wirtschaft schüren die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die säkulare Opposition schlägt angesichts einer um sich greifenden Islamisierung der tunesischen Gesellschaft vehement Alarm.
- Seit dem Mordanschlag auf den linken Abgeordneten Mohamed Brahmi am 25. Juli und den heftigen gesellschaftlichen Protesten in seiner Folge waren die stockenden Arbeiten an einer neuen Verfassung und Vorbereitung der ursprünglich für Frühjahr 2013 vorgesehenen Wahlen vorerst vollständig zum Erliegen gekommen. Nachdem rund 60 oppositionelle Abgeordnete verkündet hatten, sie würden die Sitzungen der Verfassungsgebenden Versammlung boykottieren, hatte Parlamentspräsident Mustapha Ben Jaafar am 6. August die Sitzungen bis auf weiteres ausgesetzt. Nach Verhandlungen wurden diese jedoch inzwischen wieder aufgenommen.
- In langwierigen Teilverhandlungen unter der Federführung des sog. »Quartetts«, das aus der Zentralgewerkschaft UGTT, dem Arbeitgeberverband UTICA, der tunesischen Menschenrechtsliga LTDH sowie der nationalen Anwaltsvereinigung ONAT besteht, war als Antwort auf die politische Krise ein vierwöchiger mehrstufiger Fahrplan (»Feuille de Route«) als verbindlicher Konsens zum weiteren Vorgehen im Rahmen des Nationalen Dialogs verabschiedet worden. Dieser Fahrplan blieb jedoch bereits an der ersten einer Reihe von ernstzunehmenden Hürden – der Ernennung eines neuen Übergangsprämieministers – hängen und ist seither ausgesetzt. Nach mehreren Aufschüben verkündete der UGTT-Vorsitzende Houcine Abassi als neue »endgültig letzte Chance« für eine Einigung den 14. Dezember.

Es war der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt: Seit dem Mordanschlag auf den linken Abgeordneten Mohamed Brahmi am 25. Juli und den heftigen gesellschaftlichen Protesten in seiner Folge waren die langwierigen Arbeiten an einer neuen Verfassung und weitere Vorbereitung der ursprünglich für Frühjahr 2014 vorgesehenen Wahlen vorerst vollständig zum Erliegen gekommen. Mohamed Brahmi war Vorsitzender der sozialistischen und unter Ben Ali verbotenen Partei Mouvement populaire (*Attiya Echaâb*), die bei den Wahlen vom 13. Oktober 2011 zwei von 217 Mandaten der Verfassungsgebenden Versammlung (Assemblée Nationale Constituante, ANC) erlangt hatte. Er war ein artikulierter Kritiker der islamistisch geführten Koalitionsregierung und hatte angesichts der enormen zeitlichen Verzögerung des Verfassungsprozesses gegenüber der ursprünglichen Planung von zwölf Monaten nach den Wahlen mehrfach ihren Rücktritt gefordert. Seine Ermordung führte zu einem Aufschrei des Protestes gegen die zunehmende politische Gewalt und die Aushöhlung der »tunesischen republikanischen Identität«, zumal der Mord am 56. Jahrestag der tunesischen Republik ausgeführt wurde.

Seither bemüht sich das sog. »Quartett«, bestehend aus der Zentralgewerkschaft UGTT, dem Arbeitgeberverband UTICA, der tunesischen Menschenrechtsliga LTDH sowie der nationalen Anwaltsvereinigung ONAT, in zähen Verhandlungen mit den unterschiedlichen Akteuren um einen Weg aus der politischen Krise, in deren Zentrum ein tiefgreifender Konflikt zwischen zwei Gesellschaftsentwürfen steht. Der Widerstreit um den »religiösen« versus »säkularen« Gesellschaftsentwurf hat in den letzten zwei Jahren zu einer enormen Polarisierung der tunesischen Gesellschaft geführt, die mit einer umfassenden Vertrauenskrise in die Institutionen der politischen Transition und den Prozess selbst einhergeht. Konkret geht es dabei um nicht weniger als die vier Schlüsselinstitutionen der politischen Transition: die Übergangsregierung und die Vorbereitung der nächsten Wahlen sowie die Verfassungsgebende Versammlung und den Verfassungsreformprozess selbst.

Krise des Vertrauens in die Institutionen des demokratischen Übergangs

Auf Grundlage der »historischen« Wahlergebnisse für die Verfassungsgebende Versammlung vom 23. Oktober 2011 erfolgten Ende 2011 Koalitionsverhandlungen,

aus denen schließlich die sog. Troika-Regierung aus dem islamistischen Wahlsieger *Ennahda*, dem national-liberalen *Congrès pour la République* (CPR) und dem sozial-demokratischen *Ettakatol* hervorging. Statt auf inhaltlichen Leitlinien basiert dieses Arrangement jedoch vor allem auf einem Proporz der Ämter. Wichtig ist insbesondere der Proporz der »drei Präsidenten«, der *Ennahda* das Amt des Premierministers in Person von Hamadi Jebali (bis März 2013) sicherte, dem *Congrès pour la République* das Amt des Staatspräsidenten in Person des ehemaligen Exil-Aktivisten Moncef Marzouki und *Ettakatol* den Vorsitz der Verfassungsgebenden Versammlung in Person ihres Parteivorsitzenden Mustapha Ben Jaafar. Gerade von letzterem hatte sich die Opposition viel vehementer den Einsatz seiner Veto-Rechte erhofft, de facto schien er aber häufig um des Koalitionsfriedens willens zurück zu rudern, was als ein Hauptgrund für den signifikanten Mitgliederschwund der Partei, darunter 9 von 20 Abgeordneten, gilt. Besonders bedenklich ist jedoch die Tatsache, dass im Kontext von Grundsatzdebatten wie beispielsweise der Rolle der Sharia in der neuen Verfassung, immer wieder der Eindruck entstand, dass die eigentliche Richtlinien- und Entscheidungskompetenz nicht beim Premierminister liegt, sondern de facto der Parteivorsitzende der *Ennahda*, Rachid Ghannouchi, bzw. seit seinem relativen Machtverlust in den letzten Monaten verstärkt der Shura-Rat der *Ennahda*-Partei direkt, das entscheidende extra-institutionelle Entscheidungsorgan ist.

Für viele europäische Beobachter erscheint es als Widerspruch, ja Verweigerung grundlegender demokratischer Spielregeln, dass die Opposition seit Monaten landesweit auf die Straße geht und den Rücktritt dieser gewählten Regierung fordert. Tatsächlich jedoch muss genau entschieden werden zwischen formeller Legitimierung (durch den Wahlsieg) und moralischer Legitimierung (durch den Wählerwillen). Genau dies ist einer der grundlegenden Konflikte zwischen *Ennahda* und der Opposition. Während ein Großteil der *Ennahda*-Mitglieder die Ansicht vertritt, sie seien gewählt, und damit bis auf Weiteres unantastbar, verweisen Mitglieder unterschiedlicher Oppositionsparteien, zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Medien auf das Mandat, dass der *Ennahda*-dominierten Regierung, mit ihrem unbestrittenen Wahlsieg vom 23. Oktober 2011 erteilt wurde. Nämlich zur gemäß Stimmenanteil berechtigten Einbringung von Interessen in die neue Verfassung innerhalb – und dies ist entscheidend – von zwölf Monaten, so

wie es durch die 11 größeren Parteien, inklusive der *Ennahda*, vor den Wahlen in einer vom Verfassungsrichter und damaligen Vorsitzenden der *Haute Instance* Yad Ben Achour initiierten Selbstverpflichtung unterzeichnet wurde. Nicht weil die zwölf Monate des selbst auferlegten Zeitrahmens verstrichen sind, ist die ANC unterlegitimiert, sondern umgekehrt: weil das Vertrauen in das Einhalten demokratischer Spielregeln durch die *Ennahda* extrem gelitten hat, bekommt die Selbstverpflichtung zu zwölf Monaten nach den Wahlen als Zeitraum für die Verfassung so ein Gewicht.

Insbesondere der islamistischen *Ennahda*-Partei aber auch dem *Congrès pour la République* (CPR) und mit Einschränkungen dem sozialdemokratischen *Ettakotol* wird Postenschacherei, Ineffizienz und Überschreitung des erteilten Mandats vorgeworfen, so dass die Opposition bereits seit einiger Zeit ihren Rücktritt zu Gunsten einer Regierung der nationalen Einheit fordert. *Ettakotol* ist dabei immer wieder Vermittler und erzielte beispielsweise in Folge des Attentats auf den linken Oppositionellen Belaid am 6. Februar 2013 den entscheidenden Durchbruch zu der überfälligen Kabinettsumbildung im März. Es gelang, die Schlüsselressorts Außen, Innen und Justiz mit Technokraten zu besetzen. Premierminister Hamadi Jebali, der angesichts der Unruhen infolge des Belaid-Attentats mit einer Initiative zur Bildung einer parteiübergreifenden Regierung vorgeprescht und am Veto aus den eigenen Reihen gescheitert war, wurde durch den ehemaligen Innenminister Ali Laarayedh ersetzt. Dies hat insbesondere vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Hinweise auf Mitwisser- wenn nicht sogar Mittäterschaft des Innenministeriums an den Attentaten weisen, sicher nicht zur Vertrauensbildung in die aktuelle Regierung und ihre Bereitschaft zu Aufklärung und zur nötigen Reform von Justiz und Polizei beigetragen.

Eng mit dieser Frage verknüpft ist die Erosion des Vertrauens in die angemessene Vorbereitung und Durchführung von demokratischen Wahlen als Basis der Legitimität einer zukünftigen Regierung. Obwohl es zahlreiche Anmerkungen im Hinblick auf Prozess, Parteienlandschaft und Abläufen der als historisch gefeierten ersten freien und demokratischen Wahlen Tunesiens vom 23. Oktober 2011 gibt, existieren nur Einzelstimmen, die die Ergebnisse grundsätzlich in Frage stellen. Dies liegt insbesondere daran, dass die damalige Wahlinstanz ISIE durch ihre Leitung in der Person des langjährigen Menschenrechtsaktivisten Kamel Jendoubi trotz mancher

organisatorischer Schwächen ein insgesamt sehr hohes Vertrauen genoss. Genau umgekehrt verhält es sich mit der zukünftigen Wahlinstanz, die als Produkt der als unterlegitimiert und von der *Ennahda* dominiert wahrgenommenen Verfassungsgebenden Versammlung trotz aufwändigem Verfahren und zahlreicher Kontrollinstanzen vielen bereits jetzt als unglaubwürdig gilt. Gerade hier sind unverzüglich umfassende vertrauensbildende Maßnahmen, auch durch offensives und konzertiertes Vorgehen der internationalen Gemeinschaft, extrem wichtig.

Wie viel Zeit braucht eine Verfassung?

Auf der Grundlage der Wahlergebnisse vom 23. Oktober trat im November 2011 die Verfassungsgebende Versammlung erstmals zusammen. Das vom Wähler erteilte Mandat sah klar und deutlich die Erarbeitung einer neuen Verfassung im zeitlichen Rahmen von zwölf Monaten vor. Es sei kaum möglich, eine Verfassung in nur zwölf Monaten zu schreiben, argumentieren heute, über zwei Jahre nach Einsetzung der Verfassungsgebenden Versammlung, inländische wie ausländische Beobachter. Dies lässt jedoch außer Acht, dass es bereits seit den ersten Forderungen der vor dem Sitz des Übergangspräsidenten demonstrierenden Bevölkerung im März 2011 («Kasbah 1 und 2») zahlreiche Initiativen und umfassende Debatten um die Defizite der tunesischen Verfassung von 1959 gegeben hatte und zum Zeitpunkt der Wahlen mindestens ein Dutzend konkret ausformulierter und zum Teil in der breiten Öffentlichkeit debattierte Entwürfe einer neuen Verfassung gab, darunter von dem Verfassungsrechtler Sedok Belaid, dem bürgerrechtsbewegten Netzwerk *Doustourna* («Unsere Verfassung»), der Zentralgewerkschaft UGTT, aber auch von der damals amtierenden Übergangsinstitution *Haute Instance* unter dem Vorsitz des renommierten Verfassungsrichters Yad Ben Achour.

Die Entscheidung zur »Page blanche«, einem Neuanfang »auf der leeren Seite« ist selbstverständlich legitim und entspricht den Mehrheitsverhältnissen in der Verfassungsgebenden Versammlung. Es ist jedoch auch gerechtfertigt, diese Entscheidung nicht als die zeitökonomischste zu kritisieren. Auch der Zuschnitt der sechs thematischen Kommissionen, deren Zuständigkeiten sich teilweise überschneiden, ließ von Anfang an Fragen aufkommen, ob das Verfahren optimal gestaltet sei, ins-

besondere im Hinblick auf den Faktor Zeit. Die redaktionelle Bearbeitung der Ergebnisse obliegt einem Redaktionskomitee, dem der *Ennahda*-Abgeordnete Habib Kheder vorsteht, in dem aber auch der Parlamentspräsident Mustapha Ben Jaafar ein Vetorecht hat. Insbesondere aber weigerte sich die *Ennahda* von Anfang an, sich auf einen verbindlichen Zeitplan für den weiteren Verfassungsreformprozess festzulegen und hat mehrere Versuche in diese Richtung seitens des Parlamentspräsidenten Ben Jaafar ins Leere laufen lassen.

Wiederholte Kompetenzüberschreitung des Vorsitzenden der Redaktionskommission

Viele Abgeordnete der Opposition, aber auch Angehörige der Koalitionsparteien *Ettakatol* und CPR beschuldigen Habib Kheder der Mandatsüberschreitung, da er die mühsam ausverhandelten Empfehlungen der einzelnen Kommissionen erheblich verändert habe. Ein besonders eklatantes Beispiel hierfür ist eine unvermittelt in der letzten Fassung zutage getretene Regelung zu einem stufenweisen Inkrafttreten der Verfassung – und parallel dazu die Weiterführung der Verfassungsgebenden Versammlung – die für die meisten Abgeordneten und Öffentlichkeit gleichermaßen überraschend war und – einmal mehr – heftige Debatten über die Rechtmäßigkeit des Verfahrens und das Vertrauen in das aufrichtige Bemühen der Beteiligten auslöste.

Bereits die Verabschiedung der internen Geschäftsordnung der Verfassungsgebenden Versammlung im Januar 2012 legte den Grundstein für eine gewisse Asymmetrie der Übergangsinstitutionen. Während parallel zur Kabinettsbildung deutlich wurde, dass sich die Übergangsregierung keinesfalls auf das unerlässliche Tagesgeschäft beschränken würde, wurde den demokratisch gewählten Abgeordneten jenseits des Verfassungsverfahrens – für das sie ja in der Tat gewählt worden waren, wenig Möglichkeit zur Kontrolle der Regierung eingeräumt. Im Laufe der Zeit und insbesondere im Kontext der Verfassungsdebatte stellten auch Abgeordnete selbst, so unter anderem die linke Abgeordnete Nadja Chaabane (*Al-Massar*), die kritische Frage, ob ihre Arbeit nicht eigentlich eher als Feigenblatt genutzt würde, da die ANC bei Lichte betrachtet eben nicht die Institution sei, in der grundlegende Entscheidungen zur politischen Ausgestaltung der Zukunft Tunesiens getroffen würden.

So hatten bereits vor dem Attentat auf Brahmi mehrere Abgeordnete der Opposition beklagt, dass sie sich ausgehebelt fühlten und hatten entweder einen konkreten Zeitplan oder aber die Auflösung der ANC gefordert. Nach dem Attentat verkündeten rund 60 oppositionelle Abgeordnete, sie würden bis auf weiteres die Sitzungen der Verfassungsgebenden Versammlung boykottieren. Daraufhin setzte Parlamentspräsident Ben Jaafar am 6. August die Sitzungen vorübergehend aus. Die sog. *Sit-inneurs* verfassten bereits Anfang Juli ein Kommuniké, in dem sie die Rechtmäßigkeit des aktuellen dritten Verfassungsentwurfs unter Berufung auf Artikel 104 der internen Satzung in Frage stellen, nach dem die Arbeit der einzelnen Kommissionen gebührend berücksichtigt werden muss.

Landesweiter Protest gegen die Troika-Regierung

»Dégage! – Tritt zurück!« Der berühmt gewordene und auf den verhassten Diktator Ben Ali gemünzte Slogan der Revolution von 2011 ist zurück und hat Verstärkung gefunden in dem aus dem tunesischen Dialekt entlehnten »Errachill! – Verzieht Euch!« – auf Arabisch und im Plural. Es richtet sich an die selbstherrlichen *Ennahda*-Mitglieder, die ihren unbestrittenen Wahlsieg für ein zeitlich und inhaltlich befristetes Mandat überinterpretiert haben als Blanko-Scheck zur langfristigen Absicherung der politischen Macht durch Ämterpatronage und Nepotismus im Dienste einer strategischen Islamisierung der tunesischen Gesellschaft.

Die allgemeine Sicherheitssituation hat sich seit der Kabinettsumbildung vom März erheblich verbessert. Gleichzeitig wird es durch die von Innenministerium und Polizei angestrebten Kontrollen, etwa der waldigen Gegend um den Nationalpark Jebel Chambi an der algerischen Grenze, aber auch immer wieder in Moschen im städtischen Raum deutlich, in welchem Ausmaß gut ausgerüstete, bewaffnete und zu allem entschlossene salafistische Netzwerke sich in Tunesien häuslich eingerichtet haben. Mit der zunehmenden Konfrontation zwischen dem Staat und diesen Strukturen steigt tendenziell auch die Wahrscheinlichkeit blutiger Konfrontationen oder groß angelegter Anschläge.

Am 29. Juli, wenige Tage nach dem Mord an Brahmi, starben insgesamt 8 Soldaten in einem Hinterhalt unweit der algerischen Grenze, wo die tunesischen Armee im

Nationalpark am Jebel Chaambi seit Wochen versuchte, eine offensichtlich weit verzweigte und gut ausgerüstete terroristische Infrastruktur auszuheben. Kurz darauf fiel die offizielle Entscheidung, die salafistische Gruppierung *Ansar Al Charia* als terroristische Gruppierung einzustufen, was erhebliche Fragen im Hinblick auf den offiziellen Status bekannter salafistischer Führer aufwirft, aber auch im Hinblick auf den Umgang mit *Ennahda*-Mitgliedern, die öffentlich gute Beziehungen zu diesen Netzwerken pflegen. *Ansar Al Charia* drohte ihrerseits mit Enthüllungen, die die Verstrickung von ranghohen *Ennahda*-Mitgliedern in ihre Aktionen belegen.

Der Nationale Dialog als letzte Hoffnung auf Einigung

Mit dem offiziellen Startschuss zum »Nationalen Dialog« gingen die Verhandlungen zum Weg aus der politischen Krise am 23. Oktober 2013 in Tunesien vorerst in eine neue und entscheidende Runde. Grundlage war ein vorverhandelter und genau terminierter Fahrplan (»Feuille de Route«), den das »Quartett« im Laufe unterschiedlicher Vorgespräche mit Vertretern der Troika-Regierung und verschiedener oppositioneller Gruppierungen am 17. September als Kompromissvorschlag und verbindlichen Ausgangspunkt weiterer Verhandlungen eingebracht hatte.

Er sah folgende, aufeinander abgestimmte Schritte vor:

- 1) den Abschluss des Auswahl- und Einsetzungsverfahrens der Kommission zur Vorbereitung der nächsten Wahlen (»ISIE 2«) innerhalb von einer Woche,
- 2) die Ausformulierung und Verabschiedung eines Wahlgesetzes durch die Verfassungsgebende Versammlung innerhalb von zwei Wochen und (nach Einsetzung der ISIE 2 und ebenfalls innerhalb von zwei Wochen) die verbindliche Festlegung eines detaillierten Zeitrahmens für Präsidentschafts- und Parlamentswahlen,
- 3) die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit an der neuen Verfassung, ihre Finalisierung mit Hilfe einer Expertenkommission und Verabschiedung (inklusive mehrheitlicher Verabschiedung jedes einzelnen Artikels durch die Verfassungsgebende Versammlung) innerhalb von vier Wochen,

- 4) die sofortige Ernennung eines zukünftigen Regierungschefs innerhalb der ersten Woche, der innerhalb der beiden Folgewochen ein neues (technokratisches) Kabinett einberuft, deren Mitglieder nicht an den zukünftigen Wahlen teilnehmen können, bevor die Troika-Regierung drei Wochen nach Beginn des nationalen Dialogs formell zurücktritt und die Verfassungsgebende Versammlung zusammentritt, um der neuen Regierung das Vertrauen auszusprechen.

Dieser Fahrplan blieb jedoch bereits an der ersten einer Reihe von ernstzunehmenden Hürden – der Ernennung eines neuen Übergangspräsidenten – hängen und ist seither »ausgesetzt«. Der UGTT-Vorsitzende Houcine Abassi verkündete als neue »endgültig letzte Chance« für eine Einigung den 14. Dezember 2013. Bislang erschien allein die Tatsache, dass die von den unterschiedlichen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren angestrebten Verhandlungen zwar äußerst zäh verlaufen, aber trotz gewaltsamer Vorfälle weitergehen, eine gewisse Hoffnung auf eine letztendliche Einigung zu rechtfertigen. Zumal angesichts des hohen gesellschaftlichen Stellenwerts, den konsensuale Lösungen in Tunesien grundsätzlich genießen. Trotz der weit verbreiteten Angst vor einem ägyptischen oder libyschen Szenario scheint insbesondere die islamistische *Ennahda* nicht bereit, ihre eigene ideologische Agenda zu Gunsten des übergeordneten nationalen Interesses und um des sozialen Friedens Willens hinten an zu stellen und die einmal nach demokratischen Spielregeln erlangte Macht wieder abzugeben. Obwohl sich die beteiligten Akteure noch scheuen, den »Nationalen Dialog« in Tunesien für gescheitert zu erklären, fällt es fünf Wochen nach dessen Startschuss am 23. Oktober – davon rund vier Wochen ausgesetzt mit Anhalten des eigentlichen Zeitplans – schwer, noch ernsthaft an eine Umsetzung des ambitionierten Zeitkorsetts zur Überwindung der politischen Krise zu glauben.

Landesweite Kampagne: Für ein Tunesien der Toleranz

Zuversichtlich stimmt unterdessen eine landesweite Kampagne, initiiert vom Verband der tunesischen Werbeindustrie: Auf über 10 000 großflächigen Plakaten in den tunesischen Nationalfarben rot und weiß wird eindringlich an den Zusammenhalt aller Tunesierinnen und Tunesier über politische Überzeugungen hinweg



appelliert: »Es gibt keine Loyalität außer zu Tunesien«, steht dort, wobei die Botschaft sprachlich spielt mit der grammatikalischen Struktur des muslimischen Glaubensbekenntnisses »Es gibt keinen Gott außer Allah«. Oder Plakate, auf denen das Porträt eines Mannes oder einer Frau aus Puzzleteilen verschiedener Identitäten zusammengesetzt ist: »Unterschiedlich, aber immer vereint: Das Tunesien der Toleranz«. Tatsächlich ist die Überzeugung, dass friedlich ausgehandelte Kompromisse am tragfähigsten sind, in der konsensorientierten tunesischen Gesellschaft tief verankert. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Potential sich letztlich durchsetzen wird.



Über die Autorin

Elisabeth Braune ist Leiterin der Landesvertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ralf Hexel, Leiter, Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7421 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt:
info.nahost@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-813-4